

Der Mensch – das politische Tier

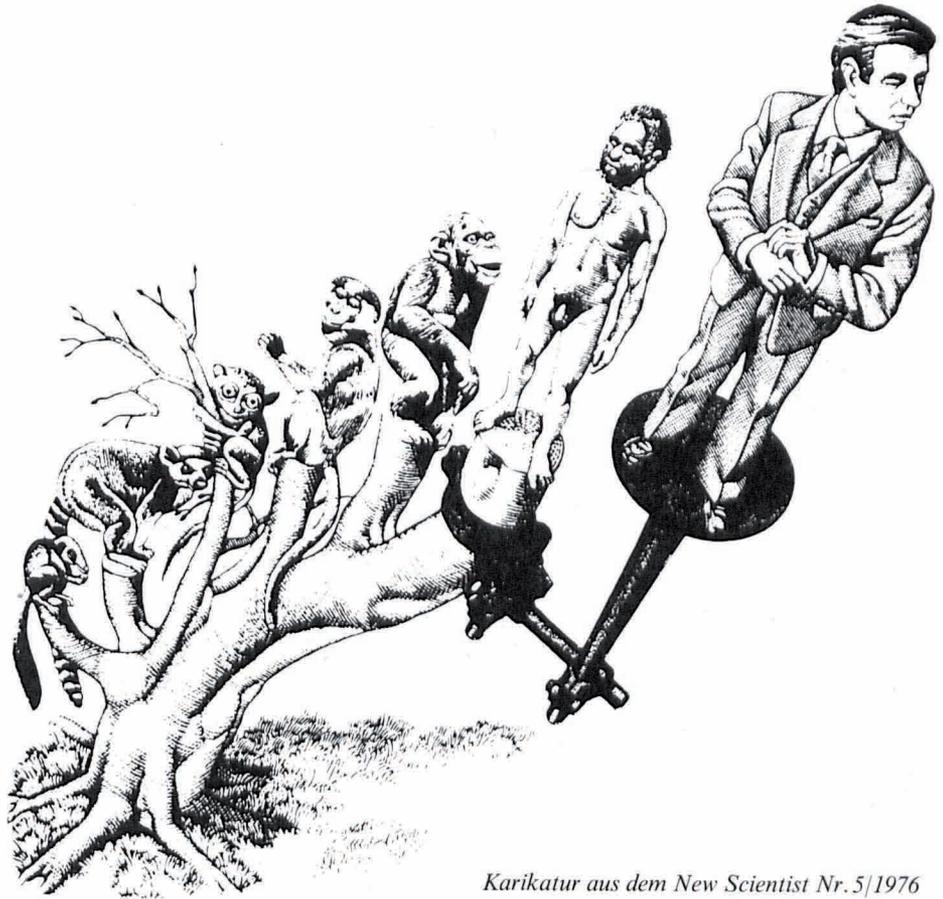
Biopolitics – Politisierung der Biologie oder Biologisierung der Politik?

Von Burkhard Jacobshagen

Im vergangenen Wintersemester veranstaltete der Arbeitskreis Biopolitics (innerhalb der Anthropologie) eine Vortragsreihe unter dem Titel „Interdisziplinäres Kolloquium: Bio- und Gesellschaftswissenschaften“. H. Flohr, Politologe an der Universität Düsseldorf, stellte das interdisziplinäre Gebiet „Biopolitics“ im Rahmen seines Vortrages „Erbe oder Umwelt? Biokulturelle Erklärungen menschlichen Verhaltens“ vor. G. Vollmer, Zentrum für Philosophie und Grundlagen der Wissenschaft der Universität Gießen, erläuterte in seinem Vortrag „Einheit der Natur und Einheit der Wissenschaft. Reduktionsprobleme“ das Verhältnis der Wissenschaften zueinander. P. Meyer, Soziologe an den Universitäten Augsburg und Würzburg, beleuchtete die Problematik menschlicher Gruppenkonflikte mit seinem Vortrag „Der Krieg: Humanes Analogon agonaler Systeme“. Der abschließende Vortrag des Anthropologen C. Vogel aus Göttingen „Gibt es eine natürliche Moral? oder: Wie widernatürlich ist unsere Ethik?“ zeigte eindringlich, daß die Erkenntnisse der modernen Soziobiologie uns keinesfalls zu normativen Aussagen verleiten dürfen, wie sie gelegentlich von Vertretern der Verhaltensforschung geäußert wurden.

Das unerwartete Interesse, das diesen Vorträgen zuteil wurde, macht deutlich, daß im Zuge der unumgänglichen Spezialisierung innerhalb der einzelnen Disziplinen oftmals die Integration, die interdisziplinäre Synthese vernachlässigt wird. Das gilt besonders für die Schnittstelle zwischen den Natur- und Geisteswissenschaften. Es ist kein Zufall, daß diese Synthese (hier in Gießen) von seiten der Anthropologie angestrebt wird: Einerseits fällt die biologische Natur des Menschen in ihre fachliche Zuständigkeit, andererseits ist es in diesem Fach seit langem üblich, fächerübergreifende Fragestellungen zu bearbeiten, die sich oft zwanglos aus den diversen Aspekten humanbiologischer Forschung ergeben¹.

Die Bemühungen der Wissenschaft, die als real angenommene Welt im Allgemeinen sowie den Menschen mit seiner Kultur im Besonderen zu verstehen, hat im Laufe der Zeiten zu einer Spezialisierung geführt, da der einzelne Mensch nur noch relativ kleine Teilbereiche zu überblicken vermag. Das



Karikatur aus dem New Scientist Nr. 5/1976

Ergebnis dieser Spezialisierung kann im wesentlichen als eine Übereinanderschichtung verschiedener Integrationsebenen verstanden werden: Die Elementarteilchenphysik erklärt den Mikrokosmos der atomaren und subatomaren Welt, die Chemie eröffnet das Verständnis der molekularen Wechselwirkungen, Biochemie erfaßt die elementare Ebene der lebenden Systeme usw.; weiter „oben“ finden sich schließlich jene „Schichten“, die die bewußte und unbewußte Interaktion des Menschen mit sich und seiner Umwelt behandeln, womit wir an der Übergangphase von natürlichen und kulturellen Systemebenen angelangt sind. Wie an jeder der „tiefer“ liegenden Schichtübergänge gilt auch hier, daß das Verständnis dieses Horizonts nicht ausschließlich ohne die Grundlage der mindestens nächsttieferen Ebene möglich ist. Umgekehrt eröffnen sich auf jeder Systemebene neue Eigenschaften, Gesetzmäßigkeiten usw., die nicht gänzlich aus den Merkmalen der Untereinheiten ableitbar sind – sie sind allenfalls eingeschränkt reduzierbar. Es liegt jedoch auf der Hand, daß eine Dichotomie, wie sie historisch zwischen Natur- und Geisteswissenschaften entstanden ist, keine „natürliche“ Entsprechung im inhaltlichen Zusammenhang der

Fächer hat, sondern ausschließlich historisch bedingt ist. Ein fächerübergreifender Brückenschlag ist somit speziell in der „Vertikalen“ – im Sinne des obigen Schichtenmodells – erforderlich.

Was aber bedeutet konkret „Biopolitics“? Zunächst zum Wort: ein auch im Englischen recht unbefriedigendes Konstrukt, zudem kaum sinnvoll mit einem Wort ins Deutsche übertragbar. Mit „-politics“ ist überwiegend *Politikwissenschaft* und nur am Rande praktische Politik gemeint. Trefender ist die Umschreibung: Biopolitics bedeutet die Zusammenfassung politikwissenschaftlicher Arbeitsrichtungen, die in ihrem *Menschenbild* biologische und psychologische Grundlagen berücksichtigen. Damit wird offensichtlich, daß diese Disziplin zunächst ein Ableger der Politologie ist – in den USA übrigens schon seit 1975 offiziell anerkannt. Da sich Politologie vorwiegend mit dem politischen Handeln, seinen Begründungen, seinem Vollzug und seinen Ergebnissen befaßt, kommt spätestens dann, wenn nicht nur registriert, sondern auch erklärt werden soll, die *auch* biologisch begründete *Ursache* des politischen Handelns ins Kalkül. Bei den beteiligten Individuen kommen, neben anderen, Dimensionen wie

¹ Die Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik trägt dem Rechnung, indem sie im Rahmen ihrer bevorstehenden Tagung (30.9.–3.10.1987 in Gießen) ein Symposium zum Thema „Biopolitics“ veranstaltet; hier kommen Vertreter aus Politologie, Soziologie, Politik und Anthropologie zusammen (Mi., 30.9., 14.30–16.30 Uhr).

Denken, Fühlen und Wahrnehmen als Handlungsdeterminanten hinzu. Es kann nicht geleugnet werden, daß der Mensch als biologisches Wesen auf dem Hintergrund psychobiologischer Faktoren interagiert. Beim Ansatz „Biopolitics“ werden also Ergebnisse der Biowissenschaften und natürlich auch der Psychologie auf Fragen der Politikwissenschaft bezogen. Die Entstehung dieser neuen Disziplin wird aus dem Bestreben der Politikwissenschaft verständlich, überprüfbar Resultate zu erhalten, die ihrerseits empirische Befunde erfordern. Eines dürfte hiermit bereits deutlich werden: Es handelt sich keinesfalls um eine vordergründige Politisierung der Biologie im Sinne einer Indoktrinierung oder Ideologisierung. Indem Biopolitics Grenzen und Möglichkeiten menschlichen Verhaltens von politischer Dimension zu erkennen versucht, schließt dieses Bemühen natürlich auch jene – heute noch weitgehend vernachlässigte – Politik im Sinne des Überlebens der ganzen Spezies Mensch und seiner natürlichen Grundlagen ein. Eine derartige Politik würde notwendigerweise auch die Bewertungen wissenschaftlicher Tätigkeiten und Anwendungen von Grund auf beeinflussen und in diesem Sinne ein politisches Element in die Biowissenschaften einführen. Das aber wären bereits *Anwendungen* von Biopolitics und daher besser als „Biopolicy“ zu charakterisieren.

Wenn „Biopolitics“ offenbar keineswegs Politisierung von Biologie bedeutet, besteht nicht umgekehrt die Gefahr einer „Biologisierung“ der Politik? Biologismus hieße, daß die Ebene des politischen Handelns auf Biologie *reduziert* werden sollte. Wie man von den deutschsprachigen Protagonisten von Biopolitics, Flohr und Tönnemann, hören kann, ist der von sozialwissenschaftlicher Seite erhobene Verdacht, es könnte wieder dazu kommen, daß konservative Ideologie im Kleid der Wissenschaft neu ersteht, gänzlich unbegründet. Es gilt, die Simplifizierung früherer Diskussionen zu vermeiden, wie sie sich aus der unkritischen Gegenüberstellung *scheinbar* gegensätzlicher Begriffe, wie z. B. biologisch/kulturell, angeboren/erlernt usw. ergeben hat und darauf hinauslief, Anleihen aus der Biologie generell für konservativ, milieutheoretische Ansätze hingegen für politisch progressiv zu halten. Ist diese Pauschalzuweisung auf dem Hintergrund des Nationalsozialismus zunächst nachföhlbar, rechtfertigt der heutige Stand der Diskussion um die biologischen Grundlagen des Menschen keineswegs diese Eindimensionalität. Eine Wachsamkeit gegenüber Ideologien, die sich auf eine angeblich vorgegebene, unveränderliche „Natur des Menschen“ stützen, wird natürlich weiterhin vonnöten sein. Es ist aber wenig sinnvoll, deswegen jede biologische Grundlage am Zustandekommen

menschlichen Handelns zu leugnen und entsprechende Diskussionen tabuisieren zu wollen. Im Gegenteil, Erkenntnisse, die dazu beitragen, unser Handeln besser zu verstehen, sollten einer breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht werden.

Nach dieser allgemeinen Charakterisierung von Biopolitics stellt sich die Frage nach der aktuellen Bedeutung dieser Disziplin. Ein nicht unwesentlicher Punkt besteht in der Möglichkeit, die Vielzahl der bestehenden politischen Theorien einer Überprüfung zu unterziehen; gehen doch alle implizit oder explizit von einem bestimmten Menschenbild aus, wobei unvermeidlich auch die biologische Seite eingeht. Politische Theorie kann damit – wenigstens hinsichtlich *eines* ihrer wesentlichen Grundpfeiler – empirisch hinterfragt werden. Mag dieser Aspekt für den Biologen wenig attraktiv erscheinen, bietet der interdisziplinäre Ansatz auch für ihn Chancen, Problemlösungen näherzukommen. So liegt es nahe, die Ursprünge von Politik als evolutionstheoretisches Problem aufzufassen und in Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften empirische Grundlagen dazu am Menschen zu erarbeiten. Zweifellos muß angenommen werden, daß „Paläopolitik“ in gleicher Weise wie morphologische oder physiologische Eigenschaften als überlebenswichtig anzusehen ist. Eine präzisere Modellbildung der Kybernetik von mehr oder weniger kulturprägten Verhaltenssystemen ist sicher z. Z. noch weitgehend utopisch, erscheint aber als realisierbar.

Von seiten der Politikwissenschaft besteht ein dringender Bedarf an der Klärung von Fragen im Zusammenhang mit der Bekämpfung menschlichen Leidens, das evtl. biologisch bedingt ist. In diesen Bereich gehören Dinge wie Dichtestreß, Leistungsdruck, Anonymität, Reizüberflutung, falsche Ernährung, Umweltverschlechterung usw. Durch die Kenntnis biologisch bestimmter Zusammenhänge eröffnet sich die Chance, Verhältnisse zu realisieren, in denen unerwünschtes Verhalten, Fehleinstellungen oder irrational gesteuerte Meinungsbildungsprozesse (z. B. Aggression gegen gesellschaftliche Gruppen, Fremden-

ablehnung, Vorurteile) weniger ausgeprägt auftreten.

Die Disziplin „Biopolitics“ hat seit ihrem Entstehen Anfang der siebziger Jahre bereits eine beachtliche Vielseitigkeit entwickelt. So können Forschungsansätze auf ganz unterschiedlichen Ebenen hier nur stichwortartig angerissen werden.

Sie lassen sich folgendermaßen gliedern:

■ Analyse von politischem Verhalten mittels aus der Biologie übernommener Forschungstechniken: Hier geht es um das technische Problem, politisches Verhalten nicht nur durch Einstellungsbefragungen, sondern mittels weitergehender, biologischer Indikatoren zu erfassen. Beispiele: sog. mehrmodale Analysen zur Messung der Intensität von Einstellungen, nonverbale Kommunikation, Streßanalyse der Stimme.

■ Physiologische Einflüsse auf das politische und soziale Verhalten: Dabei stehen Veränderungen der physiologischen Funktionen und ihre Auswirkungen auf das soziale und politische Verhalten im Mittelpunkt. Beispiele: Wirkungen gedrängter Wohnverhältnisse, Zusammenhang von Gesundheit und persönlicher Energie, Einflüsse durch Ernährung, Streß, Drogen u. a.

■ Folgerungen aus Ethologie und Soziobiologie: Die Konzepte von Dominanz und Unterwerfung, Aggression, Altruismus, Territorialverhalten usw. haben unter den Politikologen größte Aufmerksamkeit gefunden, weil es im Verhalten des Menschen Äquivalente zu geben scheint. Obwohl dieser Ansatz der interessanteste zu sein verspricht, gibt es gute Gründe, in absehbarer Zeit keinen Durchbruch auf diesem Gebiet zu erwarten. Das liegt vor allem daran, daß komplexes menschliches Verhalten von sehr vielen biologischen und kulturellen Faktoren beeinflusst wird. Jeder an dieser Problematik arbeitende Wissenschaftler beurteilt die heute bekannten Tatsachen unterschiedlich; die Grundlagen sind noch zu bruchstückhaft, um daraus tragfähige Folgerungen für soziales und politisches Verhalten abzuleiten.

Forschungsbeispiele: Krieg, Nationalismus, bürokratisches Verhalten, Gewalt, Revolution, politische Sozialisation.

Das Spektrum der Ansätze, Methoden und prinzipiellen Aussagemöglichkeiten ist also sehr breit und differenziert und konnte hier nur sehr umrißhaft skizziert werden. Es bleibt zu hoffen, daß dieser von seiten der Politikwissenschaft entwickelte Forschungszweig durch interdisziplinäre Offenheit und Kooperationsbereitschaft bei den angesprochenen psychobiologischen Disziplinen einen fruchtbaren Boden finden wird.

Aufgespießt

„Schaun S', was woll'n denn die in Gießen oder Marburg mit einer Gerichtsmedizin, die haben doch keine schönen Mordel!“ So Prof. Dr. Wilhelm Holczabek, Rechtsmediziner und Rektor der Universität Wien in DUZ 10/1987.